

## NIEDERSCHRIFT

über die 4. Sitzung des Rates

|      |  |
|------|--|
| vom: | 15.12.1999                               |
| von: | 16.00 Uhr                                |
| bis: | 22.22 Uhr                                |
| Ort: | Rathaus Geisweid,<br>Großer Sitzungssaal |

Anwesend waren:

### I. Vom Rat:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender

1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen - als Vorsitzender zu TOP 7 öff. T.

Stv Bertelmann, Hans-Günter

Stv Boller, Joachim

Stv Daus, Anny

Stv Dittert, Katrin

Stv Eberlein, Klaus-Peter

Stv Elter, Uwe

Stv Flohren, Angelika

Stv Fries, Traute

Stv Gaden, Helga

Stv Gelber, Gunther

Stv Gerlach, Heinrich

Stv Gierlich, Michael

Stv Glaamann, Herta

Stv Groß, Michael

Stv Heupel, Rüdiger

Stv Dr. Holzäpfel, Heinz

Stv Höpfner-Diezemann, Ute

Stv Jacob, Martin

Stv Katz, Reinhilde

Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm

Stv Kleine, Sancho-Antonio

2. Stellv. BM Köhl, Siegfried

Stv Lauble, Wilhelm

Stv Moll, Ilona

Stv Morgenschweis, Thomas

Stv Mues, Gunter

Stv Mues, Steffen

Stv Müller, Heinz

Stv Müller, Manfred  
Stv Nauck, Gerda  
Stv Neubauer, Hans Peter  
Stv Otto, Günter  
Stv Panthöfer, Ulrich  
Stv Reitz, Manfred  
Stv Rothenpieler, Wilhelm  
Stv Rujanski, Detlef  
Stv Schiemer, Hansgeorg  
Stv Schleifenbaum, Dorothea  
Stv Schmidt, André  
Stv Schneider, Manfred  
Stv Schultze, Reinhold  
Stv Schulte, Werner  
Stv Schulze, Werner  
Stv Schwarz-Schumann, Helga  
Stv Schütz, Marianne  
Stv Siebel, Helmut  
Stv Sintzen, Gerlinde  
Stv Sonntag, Hartmut  
Stv Stahl, Markus  
Stv Steuber, Burkhard  
Stv Strunk, Christine  
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang  
Stv Tielsch, Ingrid Karin  
Stv Walter, Klaus-Volker  
Stv Wolf, Marianne  
Stv Wunderlich, Horst

II. Als Zuhörer im nichtöffentlichen Teil:

AM Stein, Manfred  
AM Wolf, Bruno

III. Vom Personalrat:

StAl Müller

IV. Von der Verwaltung:

StK Baumeister  
StR Dr. Rohr  
StBR Brune  
Städt. VD Mengel  
Werkleiter Harms  
Städt. OVR Kühn

Städt. VR Weber  
Städt. OVR Fischer  
Städt. BD Bonstein  
Dipl.-Ing. Rohr  
VA Röcher  
VA Schneider

StAR Dorsch  
Gleichstellungsbeauftragte Dellori  
VA Karst  
StAR Munker - als Schriftführerin

Nicht anwesend war:

Stv Zips, Joachim

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Mitglieder des Rates gedenken in Anerkennung der Ehrung von Walter Krämer.

Der Staat Israel hat den Siegener Bürger Walter Krämer posthum mit dem Titel „Gerechter der Völker“ ausgezeichnet. 58 Jahre nach seinem gewaltsamen Tod wird Walter Krämer damit eine Ehrung zuteil, die sein Wirken als „Arzt von Buchenwald“ als humanitäre Leistung heraushebt.

Die menschliche Größe, die Walter Krämer im KZ Buchenwald gegenüber Mithäftlingen erwiesen hat, war für den Rat der Stadt Siegen Anlass, ihm im vergangenen Jahr eine Gedenktafel an seinem Geburtshaus zu widmen.

Die hohe Auszeichnung durch den Staat Israel gibt erneut Gelegenheit, sich vor dem Menschen Walter Krämer zu verneigen und ihn als herausragende Persönlichkeit der jüngeren Geschichte der Stadt Siegen anzuerkennen.

Diese Respektsbezeugung für Walter Krämer aus Anlass der Verleihung des Ehren-titels „Gerechter der Völker“ zu erklären, ist Anliegen und Wille des Rates der Stadt Siegen.

### Zur Tagesordnung:

Die Mitglieder des Rates stimmen der Erweiterung der Tagesordnung im öffent-lichen Teil um die Punkte 4.4, 4.5 (Tischvorlage) und 23 zu.

Der Rat der Stadt Siegen lehnt mehrheitlich den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN ab, den Punkt 8 des nichtöffentlichen Teils in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Punkt 11 des öffentlichen Teils wird vor Punkt 3 behandelt.

## A ÖFFENTLICHE SITZUNG

### 1. Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (UWG)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Siebel bestimmt.

4. Rat 15.12.1999

### 2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24.11.1999

Bezug nehmend auf seine Wortmeldung unter TOP 10 (Seite 13) merkt Herr Morgenschweis an, dass er das Fehlen eines Finanzkonzeptes als Grundlage für weitere Entscheidungen bemängelt hatte.

Frau Tielsch vermisst ihren Redebeitrag unter TOP 10. Sie hatte darin die Beden-ken ihrer Fraktion mit getragen, aber die Machbarkeitsstudie aufgrund der Bedeu-tung des Theater-Projektes für die Entwicklung der Stadt Siegen und der Region befürwortet.

Unter Berücksichtigung der v. g. Ergänzungen wird die Niederschrift bei Stimment-haltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

4. Rat 15.12.1999

**3. Fragestunde****3.1 Weiterbau der HTS Siegen-Süd**

Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.12.1999

Die Anfrage wird in Zusammenhang mit einem gleichlautenden Antrag unter Punkt 4.4 behandelt.

4. Rat 15.12.1999

**3.2 Auswirkungen des Siegener Ausweises auf die VHS**

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 01.12.1999

Herr Dr. Rohr teilt mit, dass die allgemeine Problematik in der Vorlage Nr. 139/99 dargestellt ist. Einnahmeausfälle durch den Siegener Ausweis führen zu einer Budget-Verschlechterung bei der VHS und somit zu einem erhöhten Zuschussbedarf, der über den städtischen Haushalt abgedeckt werden muss.

4. Rat 15.12.1999

**3.3 Bebauungsplan Nr. 265 „Stimmerweg“ im Stadtteil Eisern**

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 01.12.1999

Herr Brune erläutert, dass die gewünschte Schallschutzwand an der BAB A 45 im Ortsteil Eisern nur von der Stadt Siegen oder sonstiger Dritter errichtet werden kann. Der Baulastträger der Autobahn hat es in vergleichbaren Fällen abgelehnt, Schallschutzmaßnahmen an Autobahnen zu ergreifen oder die Kosten zu übernehmen. Als Begründung wird angeführt, dass die Werte für eine Lärmsanierung nicht erreicht sind.

In Bezug auf den Bereich des Bebauungsplanes Stimmerweg stellt sich die Situation so dar, dass derjenige zahlungspflichtig ist, der den Status Quo verändert. Diese Problematik war bei Aufstellung des Bebauungsplanes bekannt und wurde im gesamten Verfahren dargestellt.

4. Rat 15.12.1999

**3.4 Hauptwohnsitz-Meldung der Studierenden der Universität Siegen**

Anfrage des Stv Schiemer vom 02.12.1999

Die Antwort von Herrn Baumeister ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

4. Rat 15.12.1999

**3.5 Aktuelle Situation - Freifläche An der Alche/Numbach**

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.12.1999

Herr Brune führt aus, dass sich der Auftragnehmer im Hinblick auf die Durchführung des Auftrages und die sehr günstige Kalkulation vorbehalten hatte, die Baugrube mit Aushub aus anderen Baustellen kontinuierlich über einen etwas längeren Zeitraum aufzufüllen. Das noch ausstehende Verfüllgut soll bei trockener Witterung in ca. zwei Wochen eingebracht werden, die Arbeiten sind derzeit im Gange.

Der Haupt- und Finanzausschuss hatte am 11.11.1998 beschlossen, die Fläche zwischen Bundeswehrlager und ehem. belgischem Hallenbad als Parkplatz herzurichten und vorübergehend entsprechend zu nutzen. Die Ausführung der Beschlüsse ist in Bearbeitung und hat sich aus o. g. Gründen verzögert.

Der vordere Teil des Fußweges entlang der Alche in Richtung Numbach wurde nicht für KFZ gesperrt, um die Zufahrt zum o. g. Parkplatz zu ermöglichen. Der hintere, hier in Rede stehende Teil des Weges wurde nicht für KFZ gesperrt, da aufgrund der baulichen Ausbildung als Fußweg und der Durchfahrtsperre in Höhe des Kinder-gartens nicht davon auszugehen war, dass er auch befahren wird. Die Verwaltung wird nach Bedarf eine entsprechende Beschilderung bzw. die Absperrung mit Pfosten vornehmen.

Der Ratsbeschluss aus März 1999 zur Renaturierung der Fläche mit minimalen Mitteln wird nach vollständiger Füllung der Baugrube durch eine Einsaat mit Grassamen im Frühjahr erfolgen können.

4. Rat 15.12.1999

### 3.6 Modernisierung der Bahnhöfe in Siegen

Anfrage des Stv Schiemer vom 09.12.1999

Die Antwort von Herrn Kühn ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

4. Rat 15.12.1999

## 4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

### 4.1 Beschäftigung von Asylbewerbern/Sozialhilfeempfängern für gemeinnützige Zwecke

Antrag der UWG-Fraktion vom 22.11.1999

Herr Dr. Stötzel merkt an, dass die Thematik inhaltlich bereits mehrfach diskutiert wurde. Bedauerlich ist jedoch, dass die seinerzeit in die Wege geleitete Konzeption für Möglichkeiten kommunaler Beschäftigungsförderung nicht im erforderlichen Umfang weiter entwickelt wurde. Er weist darauf hin, dass bereits seit einigen Monaten Sozialhilfeempfänger für gemeinnützige Aufgaben herangezogen werden.

Die CDU-Fraktion kann im Grundsatz dem Antrag zustimmen, so Herr Mues, ist aber der Meinung, dass eine Beschränkung auf den Kreis der Sozialhilfeempfänger erfolgen sollte.

Herr Dr. Rohr verweist zur Umsetzung der kommunalen Beschäftigungsförderung auf die dem Fachausschuss vorgelegte Verwaltungsvorlage Nr. 2348/99 und macht deutlich, dass die Problematik in den Overheadkosten und nicht in den Arbeitskosten als solchen liegt. Daher sind auch keine großen Einsparpotentiale zu erwarten. Die Verwaltung ist bemüht, durch interne Beschäftigungsmöglichkeiten die Kosten so gering wie möglich zu halten. Wenn jedoch eine gemeinnützige Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern in großem Umfang erfolgen soll, muss die Thematik zunächst noch einmal insgesamt diskutiert und auch entschieden werden, in welcher Höhe Mittel für diese Aufgabe bereitgestellt werden sollen.

Herr Bertelmann kann dem Änderungsvorschlag zustimmen, legt aber Wert darauf, dass auch sozialhilfebeziehende Asylbewerber einbezogen werden.

Herr Groß macht deutlich, dass es nicht um die Beschäftigung einer bestimmten Anzahl von Personen geht, sondern primär um die Bemühungen, dem betroffenen Personenkreis eine Perspektive aufzuzeigen. Dazu sind aber die verschiedensten Angebote erforderlich und er sieht die Notwendigkeit, den Gesamtkomplex kommunaler Beschäftigungsförderung noch einmal aufzugreifen und alle Facetten abzuarbeiten. Der Antrag der UWG-Fraktion sollte in diese Diskussion einbezogen werden.

Frau Schwarz-Schumann kann dem Antrag nicht zustimmen, wenn dieser auch Sozialhilfeempfängerinnen einbezieht, da sich die Situation dieses Personenkreises völlig anders darstellt. Darüber hinaus sind die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu beachten.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, ab dem Jahr 2000 Sozialhilfeempfänger in verstärktem Maße für allgemeine Pflege- und Unterhaltungsarbeiten gemäß den Möglichkeiten des Bundessozialhilfegesetzes einzusetzen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (13 Stimmen dagegen), 1 Enthaltung**

4. Rat 15.12.1999

**4.2 Umgestaltung Markt/Kornmarkt (2. und 3. Bauabschnitt);  
hier: Verzicht auf die Reduzierung von Stellplätzen**

Antrag der UWG-Fraktion vom 29.11.1999

Herr Brune weist darauf hin, dass am 17.12.1992 im Rahmen des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes für den Bereich Markt/Kornmarkt beschlossen wurde, die Neuordnung der Parkraumbewirtschaftung für den gesamten Bereich bis zur Entscheidung über die Sperrung der Löhrrstraße auszusetzen. Der zwischenzeitlich gestellte Förderantrag sieht maximal eine Kapazität von 21 Parkplätzen vor. Seit Beginn der Planung sind aus städtebaulichen Gründen 17 Plätze vorgesehen. Die Verwaltung kann jedoch anbieten, weitere 4 Stellplätze anzulegen.

Herr Siebel ist mit dem Vorschlag einverstanden.

Herr Boller bemängelt das Fehlen einer Gesamtanalyse der Situation in der Oberstadt. Die Entwicklung ist nicht auf den Mangel an Stellplätzen zurückzuführen, da genügend Parkraum zur Verfügung steht. Auch aus städtebaulichen Gründen ist eine Ausweitung abzulehnen.

Herr Walter regt an zu prüfen, ob durch eine Parkscheibenregelung für Kurzzeitparker bessere Möglichkeiten geschaffen werden können.

Herr Siebel merkt an, dass die Antragsformulierung entsprechend den Ausführungen der Verwaltung geändert werden soll.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Einbeziehung der Planung für die Neugestaltung der Oberstadt (Bauabschnitte 2 und 3) Möglichkeiten aufzuzeigen, die im Rahmen der Gesamtgestaltung eine Reduzierung der Stellplatzzahl auf weniger als 21 vermeidet.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (8 Stimmen dafür), 1 Enthaltung**

4. Rat 15.12.1999

**4.3 Vorbereitende Planung für den Siegbergtunnel**

Antrag der SPD-Fraktion vom 30.11.1999

Die Antragsformulierung ist dahingehend zu ändern, so Herr Schneider, dass die Verwaltung beauftragt wird, die "... mögliche Finanzierung des Projektes abzuklären."

Herr Mues merkt an, dass die CDU-Fraktion in den letzten Jahren mehrfach die weitere Bearbeitung des Projektes gefordert hatte, dies aber von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt wurde. Der jetzige Vorschlag ist nicht nachvollziehbar. Er beantragt daher Übergang zur Tagesordnung.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnt die Planung für den Siegbergtunnel ab, so Herr Boller. Im Antrag ist zutreffend formuliert, dass eine erhebliche Entlastung der Innenstadt nach der Fertigstellung der HTS im Bereich Siegen-Mitte festzustellen ist. Damit ist aber auch die Möglichkeit weitreichender stadtentwicklungs-politischer Maßnahmen gegeben. Da der Verkehrsentwicklungsplan als verlässliche Grundlage immer noch nicht vorliegt, ist eine Entscheidung heute nicht möglich.

Die F.D.P.-Fraktion begrüßt die Initiative, so Herr Walter, da nur durch den Siegbergtunnel eine Entlastung der Bereiche Schleifmühlchen/Koch's Ecke und Kampenstraße/Hohler Weg erreicht werden kann.

Herr Siebel merkt an, dass der Verkehrsentwicklungsplan in Arbeit ist und auch den Bau des Siegbergtunnels beinhaltet.

Herr Brune erläutert, dass der Arbeitskreis Verkehrsentwicklungsplan über die entwickelten Studien hinaus die Erstellung eines Ökoszenarios und eine Kosten-deckungsanalyse in Auftrag gegeben hat. Die Arbeiten sind aufgrund der bekannten zeitlichen Probleme noch nicht abgeschlossen. Die Verwaltung strebt aber an, den

Verkehrsentwicklungsplan im ersten Halbjahr 2000 vorzulegen. Daran wird sich für den Siegbergtunnel eine umfangreiche Planung und das Linienbestimmungsverfahren anschließen.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen schließt sich mehrheitlich mit 22 Gegenstimmen dem Antrag auf Übergang zur Tagesordnung an.

4. Rat 15.12.1999

#### **4.4 Weiterbau der HTS Siegen-Süd**

Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 07.12.1999

Herr Brune führt aus, dass nach Mitteilung des Westfälischen Straßenbauamtes (WSBA) kein Personalmangel hinsichtlich der Bearbeitung der Einwände und Anregungen im Planfeststellungsverfahren für die HTS Siegen-Süd besteht. Es ist daher auch keine vermeidbare Verzögerung im Verfahren zu befürchten. Nach derzeitigem Informationsstand des WSBA ist davon auszugehen, dass die Stellungnahmen zu den Einwänden und Anregungen im ersten Halbjahr 2000 abgeschlossen werden, so dass mit einem Erörterungstermin in der 2. Hälfte des Jahres 2000 zu rechnen ist.

Bezug nehmend auf die Anfrage der CDU-Fraktion berichtet er, dass mit dem Weiterbau der HTS Siegen-Süd entsprechend dem Investitionsprogramm des Bundes bis einschließlich 2002 nicht begonnen werden kann. Nach Mitteilung des WSBA sind in dem Investitionsprogramm bis 2002 lediglich baureife und laufende Straßenbaumaßnahmen enthalten. Da sich die Maßnahme HTS Siegen-Süd derzeit noch im Planfeststellungsverfahren befindet liegen diese Voraussetzungen nicht vor. Erst nach rechtskräftigem Planfeststellungsbeschluss besteht Aussicht auf die Einplanung.

Frau Gaden merkt an, dass der zügige Weiterbau der HTS Voraussetzung für die verkehrliche und städtebauliche Entwicklung des gesamten Bereiches Siegen-Süd ist. Die Sorge um eine Verzögerung des Verfahrens ist ihres Erachtens mit dem Bericht der Verwaltung ausgeräumt. Es ist jedoch auch erforderlich, die Ängste und Sorgen der von dieser Maßnahme Betroffenen ernst zu nehmen und Hilfestellung zu leisten. Daher unterbreitet sie folgenden Beschlussvorschlag: "Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem WSBA mit den vom Weiterbau der HTS Siegen-Süd betroffenen Gespräche zu führen mit dem Ziel, diesen Bürgerinnen und Bürgern zu helfen und ihnen vergleichbaren Wohnraum, Häuser und Grundstücke anzubieten."

Herr Stötzel weist darauf hin, dass seitens des WSBA Grunderwerb erst in einem bestimmten Planungsstadium getätigt werden kann und daher Maßnahmen im Sinne des Antrages von Frau Gaden nicht ohne weiteres umsetzbar sind. Vordringlicher ist seines Erachtens, im Vorfeld mit denjenigen Kontakt aufzunehmen, die Einwände im Verfahren vorgebracht haben. Der Antrag müsste daher so formuliert werden, dass die Verwaltung aufgefordert wird, zum einen im Verfahren selbst und zum anderen hinsichtlich der Realisierung vor allem im Grundstücksbereich alle Anstrengungen zu unternehmen, um das Verfahren zu beschleunigen.

Herr Heupel sieht nach den Medienberichten die Befürchtungen der Bevölkerung vielmehr darin, dass eine Verzögerung über 2002 hinaus erfolgen könnte. Da der Rat nicht nur gegenüber der Siegener Bevölkerung ein klares Zeichen für einen zügigen Weiterbau setzen sollte, formuliert er einen entsprechenden Antrag.

Herr Dr. Schultze merkt an, dass der Antrag der F.D.P.-Fraktion genau die von Herrn Heupel angesprochenen Punkte enthält.

Herr Stötzel stellt den Antrag von Herrn Heupel als weitestgehenden zur Abstimmung.

#### Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich für eine zügige Bearbeitung des Planverfahrens der HTS in Siegen-Süd einzusetzen und namens der Stadt Siegen in einem Schreiben an das Bundesministerium für Verkehr, den Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages und das Landesverkehrsministerium NRW die dringliche Realisierung des HTS-Bauabschnittes Siegen-Süd bis zu Landesgrenze Rheinland-Pfalz/Nordrhein-Westfalen anzumahnen. Das Bundesministerium für Verkehr und der Deutsche Bundestag werden damit aufgefordert, gemäß den Vorgaben des Bundesverkehrswegeplanes die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass nach Realisierung des Baurechtes rechtzeitig ausreichend finanzielle Mittel für die Baumaßnahme bereitstehen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (22 Stimmen dagegen), Enthaltungen**

**4. Rat 15.12.1999**

#### **4.5 Fortsetzung der Bauarbeiten in der Oberstadt im Bereich Markt/Kornmarkt**

Antrag der CDU-Fraktion vom 15.12.1999

In den Beratungen in den verschiedenen Fachgremien ist der Eindruck entstanden, so Herr Schulte, dass der Zeitplan für die Maßnahmen unterschiedlich interpretiert

wird. Aufgrund der Erfahrungen hält es die CDU-Fraktion es für erforderlich, genaue Festsetzungen zu treffen.

Herr Brune hält fest, dass die Verwaltung den Antrag als Leitlinie akzeptieren kann, jedoch mit dem Vorbehalt, dass ein solches Programm nur umsetzbar ist, wenn

- a) die Wetterbedingungen es zulassen,
- b) die Mittel zur Verfügung stehen,
- c) die Bauabläufe zeitlich optimal hintereinander passen und
- d) inhaltlich möglichst bald eine gemeinsame Lösung gefunden wird.

Herr Groß erinnert an den z. Z. im Verfahren befindlichen Einwohnerantrag "Ohne Grün ist alles grau" und hält es für erforderlich, dass die Beratungsergebnisse in die weiteren Überlegungen einfließen und eine umfassende Bürgerbeteiligung erfolgt.

Nach Auffassung von Herrn Siebel und Herrn Schneider ist der Antrag entbehrlich, da alle Punkte im AK Oberstadt und im Bauausschuss geklärt wurden.

Mit dem Antrag soll vordringlich erreicht werden, so Herr Mues, die Rahmenbedingungen für eine zügige Umsetzung zu schaffen und Beeinträchtigungen durch Veranstaltungen zu verhindern.

---

Herr Morgenschweis beantragt zur Geschäftsordnung Schluss der Debatte.

Der Rat stimmt mehrheitlich dem Antrag zu.

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Die Baumaßnahme Markt/Kornmarkt, 2. und 3. Bauabschnitt, wird ohne Unterbrechung von Anfang März beginnend bis Ende November 2000 fertiggestellt.
2. Die Maßnahme beginnt, wie im Bauausschuss beschlossen, mit dem 2. BA mit der Straße "Am Markt" und ist bis Anfang August fertigzustellen.
3. Parallel wird die Maßnahme Altstadtsanierung, Abschnitt 4b - Bereich Donzenbachstraße/Obere Metzgerstraße ebenfalls bis Anfang August fertiggestellt.
4. Das von der Gesellschaft für Stadtmarketing geplante Stadtfest vom 18. - 20. August 2000 findet nicht im Bereich des Kornmarktes statt, um den zügigen Weiterbau nicht zu gefährden.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (22 Stimmen dagegen)**

**4. Rat 15.12.1999**

**5. Bildung und Besetzung von Beiräten und Arbeitskreisen**

Vorlagenr. 177/99 - Vorlage vom 30.11.1999

Herr Morgenschweis kann dem Vorschlag nicht zustimmen, da er die Sitzverteilung im Rat nicht wiedergibt.

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Siegen stimmt der Bildung der in der Vorlage genannten Kommissionen, Beiräten und Arbeitskreisen für die Wahlperiode 1999 bis 2004 zu.
2. Die Arbeitsgruppe „Wohnumfeldverbesserung“ sowie der Arbeitskreis „Klärwerk Rinsenu“ sind entbehrlich und werden nicht mehr eingerichtet.
3. Der Arbeitskreis „Oberstadt“ erhält folgende Besetzung:  
je 2 Mitglieder der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion,  
je 1 Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der UWG-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion.
4. Die jeweiligen Fachausschüsse entscheiden über die Besetzung der weiteren Kommissionen, Beiräte und Arbeitskreise, soweit keine anderen Vorgaben zu bestehen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Gegenstimme Stv Morgenschweis)**

**4. Rat 15.12.1999**

**6. Vertreter/-innen von Verbänden und Institutionen in Fachausschüssen des Rates**

Vorlagenr. 181/99 - Vorlage vom 01.12.1999

Herr Morgenschweis lehnt den Vorschlag ab. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Mit-wirkungsmöglichkeiten fraktionsloser Ratsmitglieder sehr stark beschränkt ist, den Verbänden und Institutionen dagegen weit entgegen gekommen wird.

**Beschluss (mit Ergänzung des Verwaltungsvorschlages):**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, Vertreter/-innen der Verbände und Instituti-onen wie folgt als beratende sachkundige Einwohner in seinen Fachausschüssen zu beteiligen:

**1. Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften**

- Industrie- und Handelskammer (IHK)
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
- Arbeitsamt
- Kreishandwerkerschaft (KHW)
- Gesellschaft für Stadtmarketing Siegen e. V. (GSS)

Die Teilnahme an den Beratungen erfolgt nur im öffentlichen Teil.

**2. Sport- und Bäderausschuss**

- Sportverband

**3. Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie**

- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
- Naturschutzbund Deutschland (NABU)
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
- Industrie- und Handelskammer (IHK)
- Kreishandwerkerschaft (KHW)
- Landesverband der Naturschutzverbände (LNV)

**4. Verkehrsausschuss**

- Kreispolizeibehörde
- Verkehrsbetriebe Westfalen-Süd AG (VWS)
- Verkehrswacht Siegerland

als Sachverständige:

- Westfälisches Straßenbauamt, Abteilung Landesstraßenbauamt (WSBA)
- Industrie- und Handelskammer (IHK)
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

**5. Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen**

- Arbeiterwohlfahrt (AWO)
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (DPWV)
- Diakonisches Werk der Inneren Mission im Kirchenkreis Siegen (DW)
- Caritasverband
- Deutsches Rotes Kreuz (DRK)

**6. Ausschuss für Schul- und Bildungswesen**

- Vertreter/-innen der Eltern- und Lehrerschaft folgender Schulformen:
  - Grundschulen
  - Sonderschulen
  - Hauptschulen
  - Realschulen

- Gymnasien
- Gesamtschulen

- Zusätzlich wird ein Schülervertreter eingebunden.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Gegenstimme Stv Morgenschweis)**

**4. Rat 15.12.1999**

**7. Aufwandsentschädigung für den hauptamtlichen Bürgermeister**

Vorlagenr. 77/99 - Vorlage vom 26.11.1999

Mit Hinweis auf § 31 GO NW nimmt Herr Bürgermeister Stötzel an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.  
Den Vorsitz übernimmt der 1. Stellvertretende Bürgermeister.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Der Bürgermeister erhält ab 01. Oktober 2000 eine Aufwandsentschädigung gemäß § 5 Absatz 1 Eingruppierungsverordnung in Höhe von 600,00 DM.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür**  
**(Gegenstimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**4. Rat 15.12.1999**

**8. Neuregelung der Zuwendungen an die Fraktionen**

Vorlagenr. 150/99 - Vorlage vom 26.11.1999

Herr Morgenschweis spricht gegen den Verwaltungsvorschlag, da seines Erachtens einer Gruppierung von Mandatsträgern die gleichen Rechte zustehen, wie einer Fraktion. Er verweist diesbezüglich auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 16.07.1991.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Neuregelung der Zuwendungen an die Fraktionen ab 01.10.1999 entsprechend folgendem Verteilungsmodus:

- a) Der Sockelbetrag ist gleich dem Aufwand für eine Vollzeitkraft nach Vergütungsgruppe **VI b BAT** (Grundgehalt Endstufe, Ortszuschlag für Verheiratete, Tarifizulage, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld sowie Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung)

| Verteilungsmodus         |        |
|--------------------------|--------|
| Fraktionsstärke          | Faktor |
| bis 5 Ratsmitglieder     | 0,5    |
| 6 bis 10 Ratsmitglieder  | 0,7    |
| 11 bis 15 Ratsmitglieder | 0,9    |
| 16 bis 20 Ratsmitglieder | 1,1    |
| 21 bis 25 Ratsmitglieder | 1,3    |
| über 25 Ratsmitglieder   | 1,5    |

- b) Jede Fraktion erhält je Ratsmitglied einen Betrag von 60,00 DM monatlich, mindestens aber 500,00 DM pro Monat.
- c) Die bisherige Regelung zu den Sachleistungen bleibt unberührt.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

(Gegenstimme Stv Morgenschweis,  
Enthaltungen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

4. Rat 15.12.1999

9. **Abbruch des Behelfsheimes Gemarkung Siegen, Hainer Hütte 6**

Vorlagenr. 158/99 - Vorlage vom 24.11.1999

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Das städtische Behelfsheim Hainer Hütte 6 wird abgebrochen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

4. Rat 15.12.1999

10. Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Siegen;  
hier: Abschluss eines Vertrages für die Zeit vom 01.01.2000 bis 31.12.2004

Vorlagennr. 160/99 - Vorlage vom 30.11.1999

**Beschluss (mit Änderung des Verwaltungsvorschlages):**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt zum Erhalt der Verbraucherberatungsstelle Siegen den Abschluss eines Vertrages für die Zeit vom 01.01.2000 bis 31.12.2004. Für die sich daraus ergebenden Zahlungsverpflichtungen werden im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes im Verwaltungshaushalt bei Haushaltsstelle 1.791.7170.8 ab dem Jahr 2000 für die Dauer von fünf Jahren jährlich Mittel in Höhe von 80.000,00 DM (40.903 EURO) bereitgestellt.

Der letzte Absatz des § 5 des der Vorlage beigefügten Entwurfs eines Vertrages zwischen der Stadt Siegen und der Verbraucherzentrale NW wird ersatzlos gestrichen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

(3 Gegenstimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ,  
1 Enthaltung)

4. Rat 15.12.1999

11. Schließung des Hauses der Jugend  
- Verlagerung der Musikwerkstatt

Vorlagennr. 75/99 und 75/99 A - Vorlagen vom 10.11. und 09.12.1999

Im Verlauf der sehr umfangreichen Aussprache werden folgende Standpunkte deutlich:

Bezug nehmend auf die bisherige Diskussion führt Herr Dr. Rohr aus, dass die Verlagerung des Hauses der Jugend (HdJ) und die Verlagerung der Musikwerkstatt als Kernstück des HdJ getrennt zu betrachten sind. Der Vorschlag der Verwaltung, die Musikwerkstatt im ehem. Hoesch-Gebäude auf dem Bertramsplatz unterzu-bringen bis das HdJ einen neuen Standort erhält, erfolgt vor dem Hintergrund, dass zum einen die Chance besteht, die Investitionen bei einer eventuellen Verlagerung des HdJ an diesem Standort zu erhalten. Zum anderen ist nach sorgfältiger Prüfung aller Möglichkeiten im Bereich Siegen-Mitte kein geeigneter anderer Standort gefunden worden, an dem zu verhältnismäßig verträglichen Kosten der Betrieb weitergeführt werden kann. Am alten Standort können das HdJ und die Musikwerkstatt Übergangsweise längstens bis Ende Februar 2000 bestehen, dafür den Erwerb des Gebäudes auf 1999 befristete Sportfördermitteln eingesetzt wurden und dieses auch zweckentsprechend genutzt werden muss.

Es sollte in diesem Zusammenhang auch bedacht werden, dass dem Einsatz von 80.000,00 DM für die Herrichtung des Hoesch-Gebäudes selbst bei einer späteren Entscheidung gegen den Standort Bertramsplatz die eingesparten Mietkosten für die Räumlichkeiten am Sieghütter Hauptweg gegenüberzustellen sind. Sowohl der Jugendtreff Altenhof als auch alle anderen verfügbaren städtischen Liegenschaften im Einzugsbereich wurden überprüft und aus verschiedensten Gründen entweder als nicht geeignet oder als finanziell nicht vertretbar eingestuft.

Im Rahmen des Blue-Box-Projektes wurden Fördermittel für den Planungsprozess einschließlich Jugendbeteiligung, Bürgerbeteiligung, Anwohnerbeteiligung etc. für das Jahr 2000 beantragt. Nach einer positiven Entscheidung können dann für 2001 Mittel für die Umsetzung beantragt werden.

Namens der SPD-Fraktion erinnert Herr Rujanski an die Diskussion im Jugendhilfe-ausschuss, wo das Hoesch-Gebäude übereinstimmend als geeignete Lösung für einen Erhalt des Betriebes der Musikwerkstatt ohne zeitliche Verzögerung betrachtet wurde.

Wie bereits im Haupt- und Finanzausschuss dargelegt, vertritt die CDU-Fraktion nach wie vor die Auffassung, so Herr Schulte, dass zum einen der Auftrag des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.04.1999 nicht in allen Punkten abgearbeitet ist. Zu anderen wird sehr wohl mit einem Beschluss gemäß Verwaltungsvorschlag die Entscheidung über den neuen Standort für das Haus der Jugend vorweggenommen bzw. erheblich beeinflusst.

Nach wie vor sind keine Planungen über die städtebauliche Gestaltung des Platzes vorhanden und Finanzierungsmöglichkeiten für ein neues HdJ z. B. im Rahmen des Blue-Box-Projektes nur in Aussicht gestellt. Es liegt auch kein Votum für die Aufgabe des Jugendtreffs Altenhof und die Veräußerung des Gebäudes vor. Er hält fest, dass die CDU-Fraktion grundsätzlich den Erhalt der Musikwerkstatt befürwortet und auch bereit ist, ein geeignetes Gebäude für das Haus der Jugend in Siegen-Mitte ausfindig zu machen. Es besteht auch die Bereitschaft, einen Betrag von ca. 10.000,00 DM zur Verfügung zu stellen, um die Ausstattung von anzumietenden Räumlichkeiten für die Musikwerkstatt sicherzustellen. Der Verwaltungsvorschlag findet aber keine Zustimmung. Herr Kleine ergänzt, dass sehr wohl im Fachausschuss auf Problempunkte hingewiesen wurde und es legitim ist, vor einer Entscheidung Informationen über die finanziellen Auswirkungen, den Zeitpunkt der Nutzbarkeit des Gebäudes und die Präsentation eines Gesamtkonzeptes einzufordern.

---

Der Antrag von Herrn Morgenschweis auf Schluss der Debatte wird abgelehnt, da zu diesem Zeitpunkt noch nicht alle Fraktionen Stellung genommen haben.

---

Die F.D.P.-Fraktion unterstützt grundsätzlich den Betrieb der Musikwerkstatt, so Herr Walter und Herr Dr. Schultze. Der Handlungsbedarf und die Eignung des Standortes sind unstrittig. Es liegen jedoch nicht genügend Informationen vor, ob eine ordnungsgemäße Unterbringung mit dem genannten Kostenaufwand möglich

ist oder ob z. B. der bauliche Zustand des Gebäudes oder evtl. Rückzahlungsverpflichtungen ein zusätzliches finanzielles Risiko mit sich bringen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt den Verwaltungsvorschlag, so Frau Schütz und Herr Groß. Das ehem. Hoesch-Gebäude ist sowohl für den vorübergehenden Betrieb der Musikwerkstatt als auch als potentieller endgültiger Standort für das Haus der Jugend bestens geeignet. Eine Verschiebung der Entscheidung hätte zur Konsequenz, dass der Fortbestand der Musikwerkstatt gefährdet ist. Es ist an dieser Stelle der Stellenwert der Jugendarbeit bei denjenigen zu hinterfragen, die zum jetzigen Zeitpunkt den Vorschlag ablehnen, ohne Alternativen aufzuzeigen. Die gesamte Problematik war allerdings zum Zeitpunkt der Veräußerung des alten Standortes bekannt und hätte frühzeitiger aufgearbeitet werden können.

Für die UWG-Fraktion weist Herr Siebel darauf hin, dass die Veräußerung des Gebäudes Sieghütter Hauptweg auf einen Seite finanzielle Vorteile mit sich gebracht hat. Zum anderen sind in anderen Bereichen Aufträge erteilt bzw. Beschlüsse gefasst worden mit der Bindung von Haushaltsmitteln, deren Finanzierung weitaus unsicherer ist als bei dieser Maßnahme. Der Standort für die Musikwerkstatt muss in Siegen-Mitte liegen und es sind keine vertretbaren Alternativen zu erkennen. Zudem ist zu kritisieren, dass die Bedenken gegen die Nutzung des ehem. Hoesch-Gebäudes erst zu einem sehr späten Zeitpunkt vorgebracht werden. Er beantragt geheime Abstimmung.

Herr Kirchhöfer merkt an, dass die Zuschussfragen erstmals im Zusammenhang mit dem Verkauf des Gebäudes Sieghütter Hauptweg angesprochen wurden. Auch in Kenntnis des zeitlichen Handlungsbedarfs ist die Diskussion heute nicht nachvollziehbar.

Namens der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt er namentliche Abstimmung.

Herr Brune führt aus, dass die Kostenschätzung von der Hochbauabteilung gefertigt wurde und der Gebäudezustand vom TÜV begutachtet wurde. Für die angedachte Nutzung ist das Objekt geeignet.

---

Der Antrag von Herrn Schneider auf Schluss der Debatte wird mehrheitlich abgelehnt.

Auf Antrag von Herrn Schiemer verständigen sich die Mitglieder des Rates mehrheitlich auf Schluss der Rednerliste.

Auf der Rednerliste stehen noch Herr Reitz und Herr Kleine.

Der Antrag der UWG-Fraktion auf geheime Abstimmung wird nicht von dem vorgeschriebenen Quorum unterstützt.

Auf Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird über den Verwaltungsvorschlag namentlich abgestimmt. Das Ergebnis im einzelnen ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Musikwerkstatt des Hauses der Jugend nach dem Erwerb des Gebäudes Sieghütter Hauptweg 9 durch die Judovereinigung Siegerland in das Hoesch-Gebäude (Sandstraße 94) zu verlagern.

**Beratungsergebnis: 27 Stimmen dafür, 31 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen**

**Der Verwaltungsvorschlag ist somit abgelehnt.**

---

**Beschluss (über den Antrag der CDU-Fraktion):**

1. Für die vorläufige Unterbringung der Musikwerkstatt während der Übergangszeit wird ein Betrag in Höhe von 10.000,00 DM zur Verfügung gestellt.
2. Die Entscheidung über den entgeltlichen Standort des Hauses der Jugend wird innerhalb der nächsten 3 Monate getroffen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (12 Stimmen dagegen, 5 Enthaltungen)**

4. Rat 15.12.1999

12. 9. Änderung zu Gebührensatzung für den öffentlichen Krankentransport und Rettungsdienst der Stadt Siegen vom 03. Januar 1990

Vorlagenr. 109/99 - Vorlage vom 17.11.1999

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den öffentlichen Krankentransport und Rettungsdienst der Stadt Siegen mit Wirkung vom 01. Januar 2000.

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen**

4. Rat 15.12.1999

**13. Beteiligungsbericht der Stadt Siegen 1999**

Vorlagenr. 83/99 - Vorlage vom 15.11.1999

**Fazit:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Beteiligungsbericht 1999 zur Kenntnis.

4. Rat 15.12.1999

**14. Weisungsrecht des Rates der Stadt Siegen gegenüber Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH zur Sitzung am 16. Dezember 1999;  
hier:  
Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 1. Januar 2000**

Vorlagenr. 151/99 - Vorlage vom 23.11.1999

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses vom 01.12.1999, gegenüber den Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH zur Sitzung am 16. Dezember 1999 zum Tagesordnungspunkt 2 "Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 1. Januar 2000" **keine Weisung** nach § 113 Abs. 1 GO NW zu erteilen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Gegenstimme Stv Morgenschweis)

4. Rat 15.12.1999

**15. Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass gemäß § 16 Ladenschlussgesetz für das Gebiet der Stadt Siegen (Bezirk der Stadt Siegen (alt) in den Grenzen vom 31.12.1974);  
hier:  
Verlängerte Ladenöffnungszeiten am Samstag, den 08.01.2000, aus Anlass des „Neujahrs-Empfangs des Siegener Einzelhandels in Siegen-Mitte“**

Vorlagenr. 105/99 - Vorlage vom 17.11.1999

**Beschluss (mit Änderung):**

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt den Bürgermeister, die der Vorlage beigefügte Ordnungsbehördliche Verordnung unter Berücksichtigung der Änderung - Öffnung bis 19.00 Uhr - zu erlassen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (12 Gegenstimmen, 1 Enthaltung)**

4. Rat 15.12.1999

16. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 303 „Erweiterung Siegerland-zentrum“ im Stadtteil Weidenau;  
hier:  
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen  
- Prüfung der Anregungen  
- Beschluss der Bebauungsplanänderung als Satzung

Vorlagenr. 71/99 - Vorlage vom 16.11.1999

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- 1.1 Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden, den Trägern öffentlicher Belange und aus der Bürgerschaft keine Anregungen vorgebracht wurden.
- 1.2 Die Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 303 "Erweiterung Siegerlandzentrum" auf Seite 5 - Geräusche gewerblicher Anlagen - den Abs. 3 um nachstehenden Halbsatz zu ergänzen:
- "..., so dass auch die Verträglichkeit dieser gewerblichen Emissionen auf die Gebäude Bismarckstraße 1 - 5 und Münkershütten 1 - 5 gewährleistet ist."
- 1.3 Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 303 "Erweiterung Siegerland-zentrum" gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung.
- 1.4 Die Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 303 "Erweiterung Siegerlandzentrum" (Anlage 2 zur Vorlage).

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen**

4. Rat 15.12.1999

17. I. 34. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Weidenau  
II. Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Mehrzweckgebäude und Gästehaus der GIT  
Siegen“ im Stadtteil Weidenau

Vorlagennr. 153/99 und 153/99 A - Vorlagen vom 15.11. und 13.12.1999

**Beschluss (mit Ergänzung gem. Vorlage Nr. 153/99 A):**

- 1.1 Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden und aus der Bürgerschaft keine Anregungen vorgebracht wurden.
- 1.2 Über die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen und Hinweise der Träger öffentlicher Belange (TÖB) wird wie folgt beschlossen:
- 1.2.1 Das Schreiben der IHK Siegen wird zur Kenntnis genommen.
- 1.2.2 Das Schreiben des Landesoberbergamtes NW, Dortmund, wird zur Kenntnis genommen. Der redaktionelle Fehler wird im Erläuterungsbericht und in der Begründung berichtigt.
- 1.2.3 Das Schreiben der Standortverwaltung Siegen, Wehrbereichsverwaltung, wird zur Kenntnis genommen.
- 1.2.4 Die Hinweise des Westfälischen Straßenbauamtes Siegen werden zur Kenntnis genommen.
- 1.2.5 Die Hinweise des Kreises Siegen-Wittgenstein als Untere Landschaftsbehörde bezüglich Ausgleichsbedarf / Eingriffsbilanzierung werden berücksichtigt. In der Begründung werden die Tabellen auf Seite 9 und 10 berichtigt.
- 1.2.6 Der Anregung der RWE Energie AG wird durch die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Mehrzweckgebäude und Gästehaus der GIT Siegen" gem. § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 und 3 BauGB entsprochen. Durch die vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer sowie der berührte Träger öffentlicher Belange zugestimmt haben, wird folgendes geändert:
- Das Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der RWE Energie wird so erweitert, dass es auf der ganzen Länge der südlichen Grenze des Flurstückes 405 unmittelbar angrenzt.

- 1.3 Der Rat der Stadt Siegen beschließt:
- 1.3.1 die 34. Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Erläuterungs-bericht laut Anlage 3 zur Vorlage;
  - 1.3.2 den als Anlage 5 zur Vorlage beigefügten Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Mehrzweckgebäude und Gästehaus der GIT Siegen" mit dem Vorhabenträger - Gemeinnützige Gesellschaft für Innovation und Transfer an der Universität - Gesamthochschule Siegen mbH (GIT) - unter Berücksichtigung der Änderungen gem. Vorlage Nr. 153/99 A abzuschließen;
  - 1.3.3 den vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Mehrzweckgebäude und Gästehaus der GIT Siegen" gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung;
  - 1.3.4 die Begründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Mehrzweckgebäude und Gästehaus der GIT Siegen" laut Anlage 4 zur Vorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

4. Rat 15.12.1999

18. **Wegeeinziehung in der Stadt Siegen;**  
**hier:**  
**Einziehung des Endstückes des von der Straße „Am Eichenhang“ abzweigenden Stichweges (ehem. Friedrich-Reusch-Weg)**

Vorlagenr. 76/99 - Vorlage vom 13.08.1999

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 7 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) vom 01.08.1983 (GV NW S. 306) - in der z. Z. geltenden Fassung - die Einziehung des Endstückes des von der Straße "Am Eichenhang" abzweigenden Stichweges (ehem. Friedrich-Reusch-Weg) beginnend ab der südlichen Grenze des Flurstückes 549 bis zum Ende.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

4. Rat 15.12.1999

**19. Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen****19.1 Jahresabschluss 1998**

Vorlagennr. 120/99 - Vorlage vom 15.11.1999

Entsprechend der Beschlussempfehlung des Werksausschusses wird der letzte Halbsatz des Beschlussvorschlag betreffen den Verlustausgleich von 247.039,58 DM gestrichen.

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Abschlussbericht 1998 der Südwestfalen-Revision GmbH mit Hinweis auf den Bestätigungsvermerk (S. 27) und dem Ergebnisbericht der Bezirksregierung Arnsberg vom 08.10.1999 (Anlage 1 der Vorlage) zur Kenntnis.
2. Der Rat stellt den Jahresabschluss (Anlage 1, 2, 3 der Vorlage)) und Lagebericht (Anlage 4 der Vorlage) fest und beschließt, den Jahresüberschuss in Höhe von 1.942.005,16 DM auf neue Rechnung vorzutragen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen**

**4. Rat 15.12.1999**

**19.2 Gebührenkalkulation**

Vorlagennr. 123/99 - Vorlage vom 17.11.1999

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Gebührenkalkulation Kanalbenutzungsgebühren 2000 lt. Anlage zur Vorlage.

Für das Jahr 2000 werden die geltenden Gebührensätze (Schmutzwasser: 3,95 DM / cbm; Niederschlagswasser: 1,75 DM / qm) gehalten.

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen**

**4. Rat 15.12.1999**

**19.3      Wirtschaftsplan 2000**

Vorlagennr. 125/99 - Vorlage vom 17.11.1999

**Beschluss (mit Änderung):**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den vorläufigen Wirtschaftsplan 2000 gemäß Anlagen:

1.      Vorläufiger Erfolgsplan
2.      Vorläufiger Finanzplan (zusätzlich Planung bis 2004)
3.      Vorläufiger Investitionsplan (zusätzlich Planung bis 2004)
4.      Vorläufige Stellenübersicht.

Die vorläufige Stellenübersicht wird wie folgt geändert:

Bei Eignung werden **3 Auszubildende** übernommen. Dadurch erhöht sich die Anzahl der Soll-Arbeiterstellen von 27 auf 28 und die Gesamtstellenzahl von 53,5 auf 54,5.

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen**

**4. Rat 15.12.1999**

**19.4      Änderung der Betriebssatzung**

Vorlagennr. 126/99 - Vorlage vom 11.11.1999

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt folgende Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb für Stadtentwässerung:

1.      § 4 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

Der Werksausschuss besteht aus 13 Mitgliedern (statt bisher 15 Mitgliedern).

2.      Im § 9 Abs. 2 Satz 2 wird die Bezeichnung "Der Stadtdirektor" durch "Der Bürgermeister" ersetzt.
3.      Die Änderung tritt mit dem 6. Oktober 1999 in Kraft.

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen**

**4. Rat 15.12.1999**

**19.5 Neufassung der Satzung der Stadt Siegen über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen (Abwassersatzung)**

Vorlagenr. 127/99 - Vorlage vom 17.11.1999

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen stimmt zu, wegen der Komplexität der Abwassersatzung, diese zunächst in einem Arbeitskreis zu beraten.

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen**

**4. Rat 15.12.1999**

**20. Straßenreinigung in der Stadt Siegen**

**I. Straßenreinigungskonzept**

**II. Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 05.01.1989 in der Fassung der 5. Änderungssatzung vom 21.12.1998; hier: 6. Änderungssatzung**

Vorlagenr. 51/99 - Vorlage vom 09.11.1999

dazu:

- geänderte Beschlussempfehlung des Fachausschusses
- Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.12.1999
- Stellungnahme des Personalsrates vom 15.12.1999

Herr Schiemer nimmt Bezug auf die Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss und erklärt, dass vorgeschlagen vorgeschlagen wird, den Stadtanteil für Winterdienst entgegen der Beschlusslage aus 1998 auf 15% zu reduzieren. Im Übrigen verbleibt die CDU-Fraktion bei ihrem Vorschlag aus dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie.

Frau Strunk fordert für die Umsetzung der ersten Stufe des Straßenreinigungskonzeptes ein Konzept zur Müllvermeidung in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Abfallwirtschaft. Zusätzliche Reinigungsleistungen mit hohem technischen Aufwand sind nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht geeignet, die Ursachen zu beseitigen. Bezug nehmend auf Ziffer II des Vorschlages der CDU-Fraktion hält sie fest, dass ein für Verwaltung und Bürgerschaft vertretbarer Weg gefunden werden muss. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlägt daher vor, den Stadtanteil auf 10%

ohne Ergänzungslängen festzulegen. Der Vorschlag der CDU-Fraktion ist eine kurzsichtige Handlungsweise, da sie den städtischen Haushalt zusätzlich zu Lasten anderer Bereiche belastet. Zu Ziffer I 3 des Vorschlages zu prüfen, inwieweit Einsatzmöglichkeiten für Sozialhilfeempfänger gegeben sind hält sie diesen Ansatz unter sozial- und arbeitsmarkt-politischen Aspekten für fragwürdig, zumal kein wirklicher Hilfeansatz erkennbar ist. Beschäftigungsangebote für diesen Personenkreis werden grundsätzlich begrüßt, jedoch in Verbindung mit normalen Arbeitsverhältnissen und tarifgerechtem Lohn.

Herr Siebel erklärt, dass die UWG-Fraktion der Vorlage nicht zustimmt, da keine fundierte Beschreibung des Ist-Zustandes vorliegt und Kosten offensichtlich einfach umgelegt wurden. Anders ist der erhebliche Gebührenanstieg nicht zu erklären. Er ist aber nicht bereit, dies ohne kritische Prüfung an den Gebührenzahler weiterzuleiten. Darüber hinaus ist die Straßenreinigung in verschiedenen Bereichen de facto nicht durchführbar, hier wurde allerdings bereits zugesagt, die Problematik bei der weiteren Beratung zu berücksichtigen.

Herr Dr. Stötzel führt aus, dass für die Festlegung des Reinigungsstandards eine politische Entscheidung herbeigeführt werden muss, die die technische und personelle Ausstattung berücksichtigt. Die daraus entstehenden Kosten sind umzu-

legen. Der Vorschlag der CDU-Fraktion beinhaltet dagegen einen höheren Standard ohne Umlegung der Mehrkosten. Er hält es vielmehr für erforderlich, im Vorfeld den Anteil der Allgemeinheit und den Einzelnen festzulegen.

Die F.D.P.-Fraktion vertritt die Auffassung, so Herr Walter, dass nur eine moderate Anpassung der Gebühren in Betracht kommt. Unverzichtbar ist auch die regel-mäßige Entleerung der Abfallbehälter in den Straßen, um die Passanten zur Nutzung der Behälter anzuhalten. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Kon-zeption ist seines Erachtens noch nicht ausgereift und er bittet zu prüfen, welche Erfahrungen aus anderen Städten vorliegen und inwieweit eine Einbindung in eine Konzeption „Arbeit statt Sozialhilfe“ möglich ist. Abschließend weist er auf die bestehende Ordnungsbehördliche Verordnung hin, in der auch das Sauberhalten öffentlicher Flächen erfasst ist. Er ist der Meinung, dass diese Verunreinigungen nicht dem Gebührenzahler zur Last gelegt werden können.

Der Verwaltungsvorschlag hat zum Ziel, so Herr Baumeister, zum einen Standard-verbesserungen zu erreichen und zum anderen unter Berücksichtigung der finanz-wirtschaftlichen Situation den städtischen Anteil zu reduzieren, um u. a. den Auf-lagen des Innenministers zur Haushaltssicherung nachzukommen. Er erinnert an die seinerzeitige Verständigung auf ein 3-Stufen-Modell, das schrittweise umgesetzt werden sollte, um drastische Gebührenerhöhungen zu vermeiden. Der CDU-Vor-schlag beinhaltet nun aber nichtmals die Sicherstellung des finanzwirtschaftlichen Status Quo sondern eine Verschlechterung für den städtischen Haushalt, die an anderer Stelle kompensiert werden muss.

Herr Kirchhöfer sieht den Sinn und die Kompetenz der Arbeitskreise und Fachausschüsse in Frage gestellt, wenn sowohl im Haupt- und Finanzausschuss als auch im Rat in letzter Minute neue Vorschläge unterbreitet und diskutiert werden, die im

Gegensatz zu den bisherigen Ergebnissen stehen. Er hält diese Vorgehensweise für nicht vertretbar und erklärt, dass sich die SPD-Fraktion in der Abstimmung ent-halten wird.

Herr Dr. Schultze sieht in dem Vorschlag der CDU-Fraktion einen Zwischenschritt mit der Chance für den Bürger, durch entsprechendes Verhalten einen weiteren Gebührenanstieg zu vermeiden. Dies muss in der Öffentlichkeit auch entsprechend dargestellt werden.

Herr Mues hält abschließend fest, dass nach Aufarbeitung aller Fakten die Frage der Reinigungsstandards, die Höhe des Stadtanteils, das Straßerverzeichnis etc. bis zu den Sommerferien diskutiert werden sollte.

---

Herr Stötzel stellt zunächst den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als weitestgehenden Vorschlag zur Abstimmung.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen lehnt mehrheitlich mit den Gegenstimmen der Fraktionen CDU, UWG und F.D.P. sowie Enthaltung der SPD-Fraktion den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

---

#### **Beschluss**

**(in Abänderung des Verwaltungsvorschlages gem. Antrag der CDU-Fraktion):**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt

- I. 1. Die erste Stufe des der Vorlage als Anlage beigefügten Straßenreinigungs-konzeptes wird im Jahr 2000 umgesetzt.  
Dazu werden im Jahr 2000 anteilige Finanzmittel zur Deckung des Gesamt-sachbedarfs von 400.000,00 DM in Höhe von 250.000,00 DM sowie eine Mehrstelle bereitgestellt.
2. Ein jährlicher Sachstandsbericht zum Stand der Umsetzung des Straßen-reinigungskonzeptes wird vorgelegt, der insbesondere die darin enthaltene Personalbedarfsberechnung einer Überprüfung unterzieht. Es ist Entschei-dungsgrundlage für die Fortschreibung des Straßenreinigungskonzeptes.
3. Die Verwaltung prüft bis Mitte des Jahres 2000, inwieweit bei der Umset-zung des Straßenreinigungskonzeptes Einsatzmöglichkeiten gemäß des Konzeptes „Arbeit statt Sozialhilfe“ gegeben sind und unterrichtet den Rat der Stadt Siegen über das Prüfungsergebnis.

4. Die bei der Umsetzung der 1. Stufe des Straßenreinigungskonzeptes anfallenden Kosten fließen entsprechend in die Gebührenkalkulation 2000 ein.
- II. die 6. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren vom 05.01.1989 in der Fassung der 5. Änderungssatzung vom 21.12.1998 auf der Grundlage der neu vorgelegten Gebührenberechnung (ohne Ergänzungslängen, unter Beibehaltung des Stadtanteils von 15% bei den Straßenreinigungsgebühren und von 15% bei den Winterdienstgebühren und unter Berücksichtigung der nach Ziffer I. 4. in die Gebührenkalkulation einfließenden Kosten bei der Umsetzung der 1. Stufe des Straßenreinigungskonzeptes).
- III. Die Verwaltung legt bei Mitte des Jahres 2000 in einer Verwaltungsvorlage dar, inwieweit die Grundlagen der Gebührenbedarfsberechnung (z. B. Messergebnisse für die ermittelten Grundstücks-Frontmeter, Festlegung des Berechnungs-Schlüssels für die einzelnen Straßen) sowie die Einstufung der Siegener Straßen bei der Straßenreinigung bzw. beim Winterdienst (Leistung durch die Stadt oder Übertragung der Reinigungspflicht an die Grundstückseigentümer) angepasst werden müssen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

(8 Gegenstimmen, Enthaltungen SPD-Fraktion)

4. Rat 15.12.1999

21. Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren vom 30.12.1980 in der Fassung der 5. Änderungssatzung vom 21.12.1998;  
hier: 6. Änderungssatzung

Vorlagenr. 52/99 - Vorlage vom 09.11.1999

Herr Boller hält es für erforderlich, Konzepte zur weiteren Reduzierung des Rest-müllaufkommens zu erarbeiten.

Herr Kirchhöfer merkt an, dass bei der Einführung der Biotonne verwaltungsseitig eingehend argumentiert wurde, der Einwohnergleichwert als Bemessungsgrundlage sei rechtlich nicht mehr haltbar. Es ist jedoch im Kreisgebiet zu beobachten, dass Festlegungen auf Basis von Einwohnergleichwerten erfolgen.

Die Antwort wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

#### Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage beigelegte 6. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren

vom 30.12.1980 in der Fassung der 5. Änderungssatzung vom 21.12.1998 unter Vorbehalt eines entsprechenden Beschlusses des Kreistages.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen F.D.P.-Fraktion)**

4. Rat 15.12.1999

**22. Ausschussneubesetzungen**

**22.1 Ausschussumbesetzung**

Vorlagenr. 154/99 - Vorlage vom 29.11.1999

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt

- a) Frau Martina Schneider als ordentliches beratendes Mitglied und
- b) Herrn Pfarrer Wolfgang Winkelmann als stellvertretendes beratendes Mitglied

in den Jugendhilfeausschuss.

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen**

4. Rat 15.12.1999

**22.2 Wahl der Mitglieder in beratender Funktion des Ausländerbeirates der Stadt Siegen gem. § 8 Abs. 3 der Hauptsatzung des Rates der Stadt Siegen**

Vorlagenr. 183/99 - Vorlage vom 02.12.1999

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt als Mitglieder in beratender Funktion gemäß § 8 Abs. 3 der Hauptsatzung des Rates der Stadt Siegen in den Ausländerbeirat:

ordentliches Mitglied

Rüdiger Heupel

Wilhelm Kamieth

Manfred Müller

Huriye Löwenberg

Gisela Grzan

Falk Al-Omary

stellvertretendes Mitglied

Sancho Kleine

Burckard Schuß

Peter Eberlein

Michael Groß

Ernst-Heinrich Otterbach

Dr. Reinhold Schultze

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen**

4. Rat 15.12.1999

**23. Theaterstandort Apollo-Kino**

Vorlagenr. 190/99 - Vorlage vom 10.12.1999

Herr Stötzel erläutert, dass zur Zeit umfangreiche Gespräche geführt werden, um vor allem das private Engagement für dieses Projekt anzustoßen. In diesem Zusammenhang wurde angesprochen, dass auch die Stadt Siegen ein konkreteres Zeichen setzen sollte. Die Verwaltung schlägt daher einen Grundsatzbeschluss vor. Er betont, dass damit weder einer Entscheidung über die Realisierung des Projektes noch einer finanziellen Bindung in einer bestimmten Größenordnung vorgegriffen wird.

Herr Siebel erklärt zu Protokoll, dass das Verfahren in dieser Angelegenheit mittlerweile nicht mehr vertretbar ist. Der Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 12.05.1999 ist immer noch nicht ausgeführt. Entgegen der Aussage in der Vorlage wurde kein Planungsauftrag erteilt und statt dessen eine Machbarkeitsstudie zu einem erheblichen Betrag in Auftrag gegeben. Er ist nicht bereit, dieses Vorgehen zu unterstützen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hatte seinerzeit gefordert, die bautechnische Realisierbarkeit zu prüfen sowie die Investitions- und Folgekosten und deren Finanzierung darzulegen. Für ihn ist es unbestritten, dass das Projekt finanziell z. Z. nicht realisierbar ist, da nach seiner Einschätzung mit Kosten in Höhe von mindestens 30 Mio. DM und Folgekosten in Höhe von 1,5 Mio. DM bis 2 Mio. DM

p. a. zu rechnen ist. Hinsichtlich einer Unterstützung des Landes werden lediglich Förderungsmöglichkeiten von 80% bis 90% angeführt, konkret ist jedoch keine Aussage zu erwarten. Die angespannte Finanzsituation des Landes ist hinreichend bekannt und nicht einzuschätzen, ob und in welcher Höhe zukünftig mit Zuschüssen gerechnet werden kann. Er hält fest, dass die Realisierung des Theater-Projektes zwar wünschenswert, aber angesichts der Haushaltslage nicht umsetzbar ist, selbst wenn Dritte einen erheblichen Beitrag leisten sollten.

Ziel muss es vielmehr sein, den Haushalt 2000 zu sanieren und z. B. die Höhe der Kassenkredite von derzeit rd. 100 Mio. DM drastisch zu reduzieren, den Unterhaltungsstau von rd. 100 Mio. DM abzubauen und städtische Vermögenswerte zu erhalten, statt durch ständig neue Projekte das Haushaltssicherungskonzept ad absurdum zu führen.

Herr Groß erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zwar in weiten Teilen die finanzpolitische Einschätzung von Herrn Siebel teilt, aber dennoch das Projekt Theater befürwortet. Obwohl konzeptionelle Aussagen sowie ein Finanz- und Betriebskonzept nach wie vor nicht vorliegen werden in der Vorlage erstmals

vier Grundbedingungen als Voraussetzung für eine Realisierung genannt. Ein Mangel besteht jedoch in den fehlenden konkreten Zahlen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchte das Vorhaben positiv begleiten, aber konkretere Faktoren genannt wissen und beantragt daher folgende Änderungen bzw. Konkretisierungen:

- Es wird von einem 90%igen Landeszuschuss, wie bisher üblich, ausgegangen;
- Haushaltsmittel werden zur Realisierung *und zum Betrieb* des Objektes eingestellt. In diesem Zusammenhang ist sicherzustellen, dass die zusätzliche Mittelbereitstellung nicht zu Einschnitten im Bereich der freiwilligen Leistungen zur Deckung der Betriebskosten führt.

Unter diesen Voraussetzungen wird die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Verwaltungsvorschlag zustimmen.

Frau Tielsch hebt die Bedeutung des Theater-Projektes für die Stadt Siegen als Wirtschafts- und Universitätsstandort und auch für die Region hervor und ist bereit, dieses zu unterstützen, wenngleich sie die Kritik ihrer Fraktionskollegen auch teilt. Sie macht deutlich, dass nicht nur ein verlässliches Engagement der Bürgerschaft, sondern auch das des Landes, des Kreises und der Stadt für die Verwirklichung des Vorhabens notwendig ist.

Herr Dr. Holzäpfel appelliert, sich um für Umsetzung des Projektes einzusetzen und nicht von vorne herein eine Diskussion mit Vorbehalten zu führen, da damit kaum eine Motivation für die Beteiligung Dritter erreicht werden kann.

Mit der heutigen Entscheidung soll ein Signal für das Engagement der Bürgerschaft gesetzt werden, so Herr Mues, um letztlich einschätzen zu können, mit welcher Beteiligung aus diesem Kreis gerechnet werden kann. Er hält es aber zu diesem Zeitpunkt für unverträglich, mit Vorgaben an Kreis und Land heranzutreten. Wenn letztlich alle Fakten und Zahlen vorliegen ist zu entscheiden, ob das Projekt realisierbar ist.

Herr Kirchhöfer unterstreicht die Notwendigkeit, für Gespräche über die Beteiligung Dritter die eigenen Vorstellungen zu dokumentieren und teilt die Einschätzung von Herrn Mues zu einer Konkretisierung der Zahlen mit Ausnahme des Engagements der Bürgerschaft, das auch in den Medien in dieser Größenordnung genannt wurde.

Herr Dr. Schultze schließt sich seinen Vorrednern an und hält fest, dass die Tragweite der Entscheidung nicht überbewertet werden sollte. Es werden die Rahmen-Konditionen genannt, unter denen eine Realisierung des Projektes vorstellbar wäre und ein Signal für die Bürgerschaft gegeben.

Bezug nehmend auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hält Herr Stötzel fest, dass es Aufgabe der Verwaltung ist, den höchstmöglichen Zuschuss erhalten. Diese sollte jedoch nicht als feste Größe per Beschluss festgelegt werden.

---

**Beschluss (über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ziffer 3):**

Die Stadt Siegen ist bereit, jährlich einen angemessenen Betrag zusätzlich im Haushalt zur Realisierung und zum Betrieb des Projektes zur Verfügung zu stellen.

Es wird sichergestellt, dass die zusätzliche Mittelbereitstellung nicht zu Einschnitten im Bereich der freiwilligen Leistungen führt.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (10 Stimmen dafür), 3 Enthaltungen**

---

**Beschluss (mit Ergänzung des Verwaltungsvorschlages):**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Die Notwendigkeit zur Errichtung eines Theaterbaus im Objekt "Apollo" wird festgelegt. Sie ist **nur** unter folgenden Voraussetzungen zu verwirklichen:

1. Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt das Vorhaben mit einem höchstmöglichen Landeszuschuss bei geschätzten Investitionskosten in Höhe von ca. 28 Mio. DM zuzüglich anteiliger Grundstückskosten.
2. Der Kreis Siegen-Wittgenstein beteiligt sich wegen der besonderen Bedeutung für die gesamte Region in angemessenem Umfang an diesem Vorhaben. Dabei steht auch die Notwendigkeit, einen Teil der laufenden Kosten zu tragen.
3. Die Stadt Siegen ist bereit, jährlich einen angemessenen Betrag zusätzlich im Haushalt zur Realisierung des Projektes zur Verfügung zu stellen.
4. Von der Bürgerschaft wird erwartet, dass sie sich über einen dauerhaften Zeitraum mit ca. 500.000,00 DM p. a. an der Gesamtfinanzierung beteiligt, das sonst das Vorhaben nicht zu verwirklichen ist.  
Das Engagement, insbesondere des Förderkreises Siegerlandtheater und des Initiativkreises Apollo-Theater wird positiv gewürdigt.  
Der Rat der Stadt Siegen geht davon aus, dass die notwendigen finanziellen Zusagen unter Ausnutzung des Stiftungsrechtes oder sonstiger Förderbestimmungen des Abgabenrechtes erfolgen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (8 Stimmen dagegen), 4 Enthaltungen**

4. Rat 15.12.1999